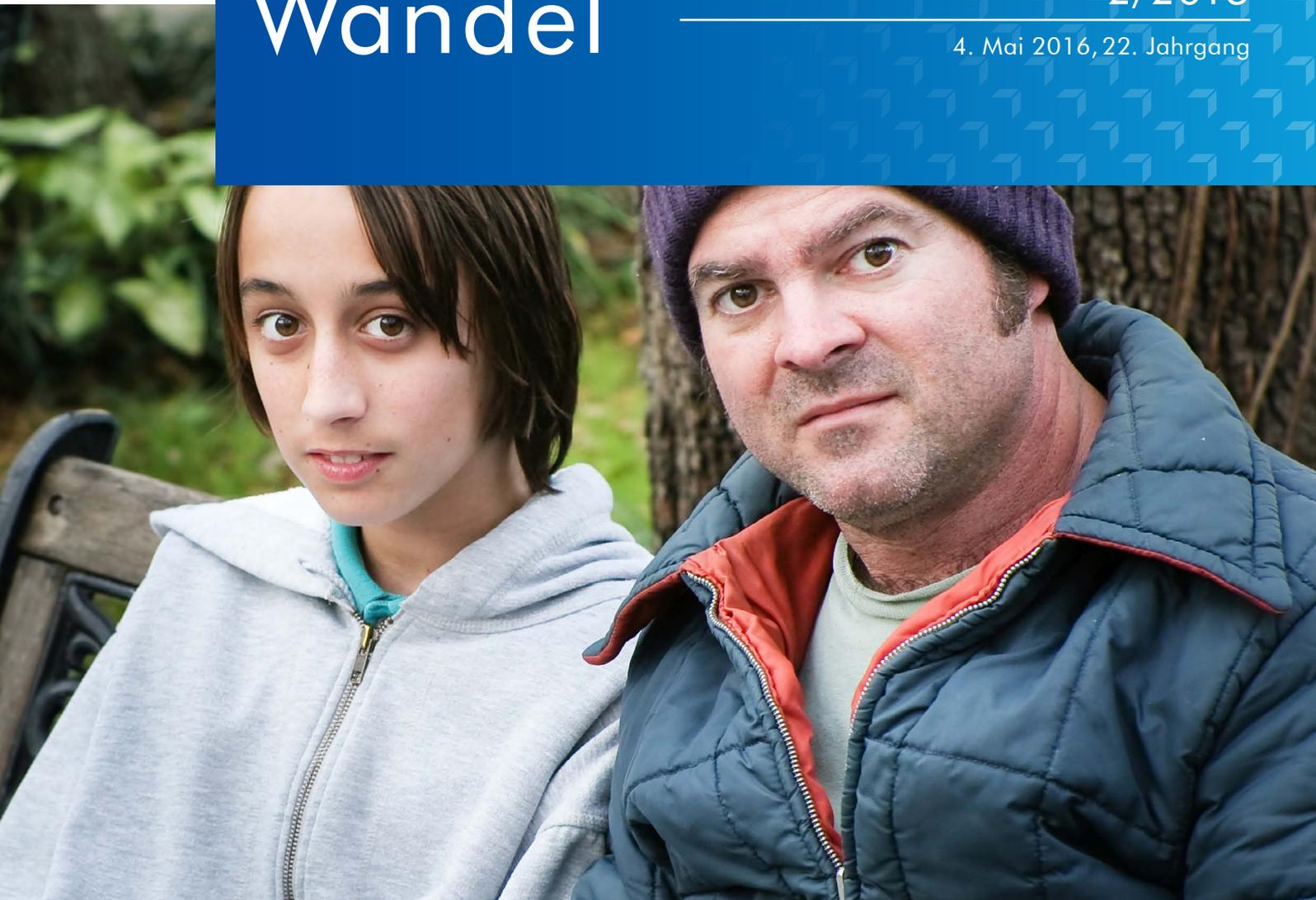


Wirtschaft im Wandel

2/2016

4. Mai 2016, 22. Jahrgang



Steffen Müller

Vererbung von Arbeitslosigkeit: Wie der Vater, so der Sohn?

Martina Kämpfe **S. 26**
Außenwirtschaft Sachsen-Anhalts
auf dem Weg zu einer größeren
Internationalisierung

Brigitte Loose **S. 33**
IWH-Baumfrage im ersten Quartal
2016: Hochkonjunktur im Ausbau-
gewerbe

Cornelia Lang **S. 36**
IWH-Industrienumfrage im ersten
Quartal 2016: Optimistische Erwar-
tungen im Konsumgütergewerbe

Inhaltsverzeichnis

- 23** Kommentar: Die EZB tut, was sie kann – nun ist die Politik gefordert
Reint E. Gropp

- 24** Aktuelle Trends: Produktivität im Ost-West-Vergleich:
Ostdeutschland holt langsam weiter auf
Gerhard Heimpold

- 25** Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016: Aufschwung bleibt moderat –
Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert
Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

- 26** Außenwirtschaft Sachsen-Anhalts auf dem Weg zu einer größeren Internationalisierung
Martina Kämpfe

- 30** Vererbung von Arbeitslosigkeit: Wie der Vater, so der Sohn?
Steffen Müller

- 33** IWH-Bauumfrage im ersten Quartal 2016:
Hochkonjunktur im Ausbaugewerbe
Brigitte Loose

- 36** IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2016:
Optimistische Erwartungen im Konsumgütergewerbe
Cornelia Lang

- 39** Von der Transformation zur europäischen Integration:
Auf dem Weg zu mehr Wachstumsdynamik – ein Tagungsbericht
Gerhard Heimpold

Die EZB tut, was sie kann – nun ist die Politik gefordert

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Der Euroraum verharrt in einer tiefen, vierfachen Krise. Die erste ist eine Wachstumskrise. Im Euroraum liegt die wirtschaftliche Leistung immer noch unterhalb des Niveaus von vor der Finanzkrise 2008. Zudem leidet der Euroraum weiterhin unter hoher Arbeitslosigkeit und zu niedriger Inflation. Der Euroraum leidet außerdem unter einem zu geringen Produktivitätswachstum, vor allem bei den Dienstleistungen. Es fehlt hier an Innovationsdynamik und Investitionen. Die zweite Krise, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, reduziert den fiskalischen Handlungsspielraum in einer Reihe von Ländern. Die dritte Krise ist die Bankenkrise. Faule Kredite in dreistelliger Milliardenhöhe belasten eine Reihe von südeuropäischen Banken und reduzieren deren Bereitschaft, neue Kredite zu vergeben. Hier existiert ein dringender Wertberichtigungsbedarf, verbunden mit einer entsprechenden Kapitalerhöhung. Die vierte Krise ist eine Vertrauenskrise. Unternehmen investieren nicht, Menschen konsumieren nicht, wenn sie kein Vertrauen in die Fähigkeit der Politik haben, die wirtschaftlichen Probleme Europas zu lösen, wenn sie Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen fürchten oder eine geringe Nachfrage nach dem eigenen Produkt erwarten.

Diese vier Krisen, die eng zusammenhängen und sich gegenseitig verstärken, werden sich nicht von selbst lösen. Die EZB ist eine der wenigen Institutionen, die zur Lösung beiträgt. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass die niedrigen Zinsen und Ankaufprogramme der EZB über die vergangenen eineinhalb Jahre positive wirtschaftliche Effekte gehabt haben. Die lockere Geldpolitik ist richtig und notwendig, aber sie ist nicht hinreichend, um die europäische Wirtschaft aus der Krise zu ziehen. Hierzu bedarf es eines viel entschiedeneren Handelns der Politik.

Erstens benötigt Europa dringend ein Umdenken in der Fiskalpolitik. Zum einen müssen Investitionen gestärkt und der Staatskonsum nachhaltig gemacht werden. In Deutschland sind die investiven Ausgaben, etwa im Bildungsbereich, zu niedrig. Das geht zu Lasten der Zukunft. Gleichzeitig werden vor dem Hintergrund der demographischen Situation unverantwortliche Leistungsausweitungen bei der Rente vorgenommen,

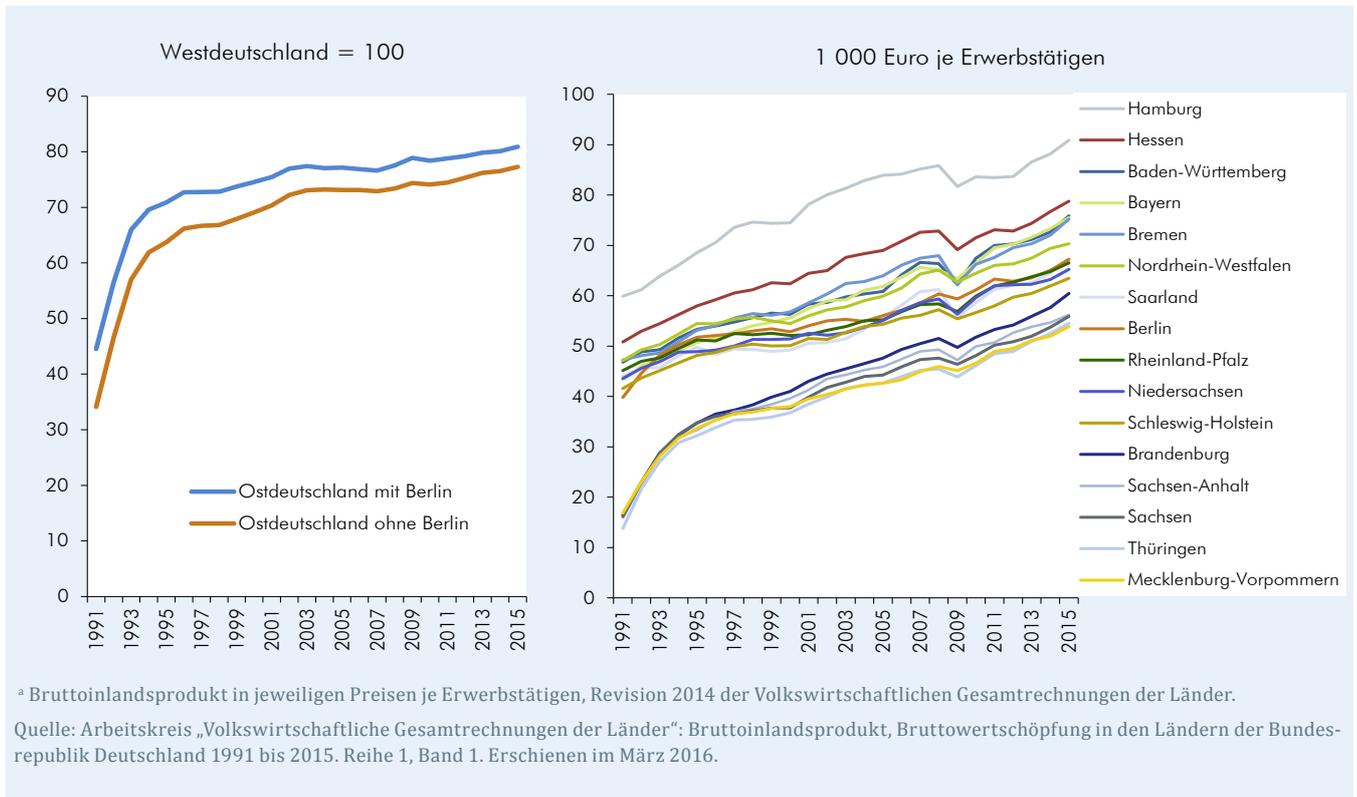
statt das Rentensystem zukunftstauglich zu machen. Nicht Schuldenabbau, sondern eine strukturelle Verbesserung der Staatsausgaben sollte oberste Priorität haben. Und der Euroraum benötigt einen Plan für eine glaubhaft nachhaltige Fiskalpolitik in allen Ländern, um die öffentliche Verschuldung langfristig tragfähig zu machen. Der zweite Bereich sind Strukturreformen. In der gegenwärtigen Situation ist es für Europa entscheidend, solche Reformen zu identifizieren und zügig umzusetzen, die das Produktivitätswachstum fördern. Gerade bei den privaten Dienstleistungen hinkt das europäische Produktivitätswachstum weltweit deutlich hinterher. Ein Grund dafür sind zu kleine, durch nicht-tarifäre Hemmnisse geschützte Märkte. Ein großer europäischer Markt würde dagegen Anreiz für mehr Investitionen schaffen – insbesondere in moderne Technologien. Der dritte Bereich betrifft den Bankensektor. Im Euroraum und speziell in Deutschland wird in den kommenden Jahren eine deutliche Konsolidierung des Bankensektors unausweichlich werden. Hier verstärkt das gegenwärtige Niedrigzinsumfeld den Druck, denn größere, effizientere Banken haben jetzt deutlich weniger Schwierigkeiten, da sie in geringerem Maße auf das klassische Margengeschäft angewiesen sind. Gleichzeitig müssen in einigen anderen Ländern die Altlasten der letzten Jahre zügig aus den Bankbilanzen, verbunden mit einer Re-Kapitalisierung. Dass die USA nach 2008 ihren Bankensektor zügig bereinigt haben und damit letztlich auch eine wichtige Voraussetzung für die Beendigung der Krise und wirtschaftliche Erholung gelegt haben, ist der vielleicht größte Unterschied zum Euroraum.

Die Kritik an der EZB in Deutschland ist kontraproduktiv. Die Geldpolitik muss expansiv sein, damit die EZB ihrem Mandat gerecht wird und glaubwürdig bleiben kann. Die EZB muss nicht weniger, sondern Europas Politik muss mehr tun. Die Politik, auch die deutsche, darf sich nicht länger ihrer Mitverantwortung für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in weiten Teilen Europas entziehen. 

Für eine Langfassung dieser Analyse vgl. *Fratzscher, M.; Gropp, R. E.; Kotz, H.-H.; Krahn, J.; Odendahl, C.; Weder di Mauro, B.; Wolff, G.: EZB-Kritik allein ist noch keine Lösung.* Halle (Saale) 2016

Aktuelle Trends: Produktivität^a im Ost-West-Vergleich: Ostdeutschland holt langsam weiter auf

Gerhard Heimpold



Ostdeutschland holt bei der Produktivität weiter auf, aber eben nur sehr langsam. Dies zeigen die im März 2016 veröffentlichten Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Nach zügigen Fortschritten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre hat sich der Aufholprozess bei der Produktivität gegenüber Westdeutschland danach deutlich verlangsamt und kommt inzwischen höchstens in Trippelschritten voran. Aber er ist, wie die Veränderung im Jahr 2015 zeigt, nicht zum Stillstand gekommen. Im Jahr 2015 hat sich die Produktivität, gemessen in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Vorjahr, um 0,8 Prozentpunkte an das westdeutsche Niveau angenähert und erreicht, je nachdem, ob Ostdeutschland mit oder ohne Berlin betrachtet wird, rund 81% beziehungsweise 77% des westdeutschen Niveaus (linke Graphik). Aber selbst das Flächenland im Osten mit der höchsten Produktivität – Brandenburg – hat bislang nicht das Niveau des produktivitätsschwächsten westdeutschen Flächenlandes – Schleswig-Holstein – erreicht (rechte Graphik). Auffällig ist ferner, dass die Spreizung der ostdeutschen Flächenländer bei der Produk-

tivität auch 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung deutlich geringer ausfällt als jene zwischen den westdeutschen Ländern. So liegt die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Produktivitätswert bei den westdeutschen Flächenländern mehr als doppelt so hoch wie bei den ostdeutschen. 



Dr. Gerhard Heimpold

Stellvertretender Leiter der Abteilung
Strukturwandel und Produktivität

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert*

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Anfang des Jahres 2016 wurde deutlich, dass sich die Weltwirtschaft in den Monaten zuvor merklich abgekühlt hatte. Die schlechten Nachrichten führten auf den Aktienmärkten im Januar und Februar weltweit zu erheblichen Bewertungsverlusten sowie zu einem deutlichen Anstieg der Risikowahrnehmung. Eine wichtige Ursache ist der rasche Strukturwandel in China. Seit einigen Jahren entwickelt sich die chinesische Wirtschaft weg von einem primär von industriellen Investitionen und Exporten getriebenen und hin zu einem mehr konsum- und dienstleistungsbasierten Wachstum. Dieser Wandel birgt erhebliche Konjunkturrisiken und geht mit einer abnehmenden Bedeutung des Außenhandels für China sowie einer schwächeren Nachfrage nach Rohstoffen einher.

Abbildung

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2015	2016	2017
reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige ^a (1 000 Personen)	43 032	43 535	43 921
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 795	2 737	2 822
Arbeitslosenquote BA ^b (in %)	6,4	6,2	6,4
Verbraucherpreise ^c (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten ^d (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	2,5	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ^e in Mrd. Euro	21,2	11,0	9,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,7	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	257,5	254,2	263,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	8,5	8,1	8,1

^a Im Inland. – ^b Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ^c Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ^d Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ^e In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose der Institute.

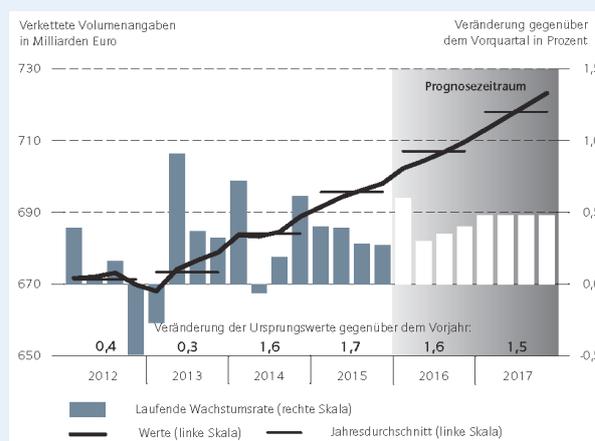
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem moderaten Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,6% und im kommenden Jahr um 1,5% zulegen. Getragen wird der Aufschwung vom priva-

ten Konsum, der vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau, den spürbaren Steigerungen der Lohn- und Transfereinkommen und den Kaufkraftgewinnen infolge der gesunkenen Energiepreise profitiert. Zudem ist die Finanzpolitik, auch wegen der zunehmenden Aufwendungen zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration, expansiv ausgerichtet. Während die Bauinvestitionen ebenfalls merklich ausgeweitet werden, bleibt die Investitionstätigkeit der Unternehmen verhalten. Aufgrund der nur allmählichen weltwirtschaftlichen Erholung und der starken Binnennach-

Abbildung

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2016: Prognose der Institute.

frage ist vom Außenhandel kein positiver konjunktureller Impuls zu erwarten. Die öffentlichen Haushalte dürften im Prognosezeitraum deutliche Überschüsse erzielen. Würden diese Handlungsspielräume wie bereits in den vergangenen Jahren wenig wachstumsorientiert genutzt, wäre das nicht nachhaltig. 

* Abgeschlossen in München am 14. April 2016. Hier wird eine Kurzfassung wiedergegeben. Für die Langfassung vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert. München 2016.

Außenwirtschaft Sachsen-Anhalts auf dem Weg zu einer größeren Internationalisierung

Martina Kämpfe

Der Außenhandel Sachsen-Anhalts hat sich in den vergangenen Jahren abgeschwächt. Dies liegt vor allem an der anhaltenden Krise auf dem wichtigen Absatzmarkt Europa. Neue Wachstumsmärkte zu erschließen, ist gerade für die in Sachsen-Anhalt verbreiteten kleinen und mittleren Unternehmen schwierig. Zudem dominieren Vorserzeugnisse und Halbwaren den Export. Obgleich sich die Schwerpunkte in den Handelsregionen aufgrund der aktuellen Konjunktur jüngst leicht verschoben haben, bleibt es eine schwierige Aufgabe, das Außenwirtschaftspotenzial der Unternehmen besser zu entfalten. Mehr Produktinnovation, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, neue Anreize für die Fachkräftegewinnung und das Gründungsgeschehen sowie die strategische Erschließung von Auslandsmärkten sind Felder, auf denen das neue Außenwirtschaftskonzept des Landes ansetzen will. Es könnte damit zu mehr Internationalisierung der Unternehmen in Sachsen-Anhalt beitragen.

JEL-Klassifikation: F10

Schlagwörter: Außenwirtschaft, Sachsen-Anhalt, Wirtschaftspolitik

Das Wirtschaftswachstum hat in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr stagniert, nachdem es in den beiden Vorjahren leicht rückläufig war. Auch über einen längeren Zeitraum betrachtet blieb das Wirtschaftswachstum im Vergleich der Bundesländer weit unterdurchschnittlich. Vom IWH wurden in der Vergangenheit mehrfach die wesentlichen Ursachen dafür thematisiert und die Herausforderungen für eine Überwindung der Standortnachteile benannt.¹ Auch die Landesregierung hat sich in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt dazu geäußert, mit welchen Instrumenten der Wirtschaftspolitik sie Einfluss auf die Lage nehmen will; verschiedene Förderprogramme und Konzepte wurden von ihr auf den Weg gebracht. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden der Außenhandel als ein wichtiger Pfeiler der wirtschaftlichen Entwicklung und das jüngste Außenwirtschaftskonzept des Landes näher betrachtet werden.

Sowohl Einfuhren als auch Ausfuhren Sachsen-Anhalts sind seit Mitte der 1990er Jahre fast ausnahmslos mit zweistelligen Raten gestiegen. Ab dem Jahr 2012 entwickelte sich der Außenhandel jedoch merklich schwächer; die Ausfuhren stagnierten nahezu, die Einfuhren entwickelten sich im Jahr 2014 sogar leicht rückläufig. Die Schwäche der Handelstätigkeit hängt vor allem da-

mit zusammen, dass die wichtigen Absatzmärkte der sachsen-anhaltischen Wirtschaft in Europa liegen und die europäische Wirtschaft in einer Krise steckt, von der sie sich nur allmählich erholt. Erst im Jahr 2015 hat sich die Konjunktur im Euroraum leicht aufgehellt, in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern hat sie noch zusätzliche Impulse erhalten.² Für den Außenhandel lässt dies eine Belebung erwarten. Um die Außenwirtschaft gegenüber konjunkturellen Schwankungen besser zu wappnen, wären allerdings stärkere Aktivitäten der Unternehmen auf anderen, auch außer-europäischen Märkten gefragt. Auch im Vergleich der Bundesländer besteht bei der internationalen Ausrichtung der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt noch immer Aufholbedarf. Allerdings sind die Voraussetzungen für die umfassendere Erschließung von Absatzmärkten in Sachsen-Anhalt mit seiner Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur nicht optimal.

Strukturelle Rahmenbedingungen und ihre Folgen für die Außenwirtschaft

Zur Beurteilung der Lage in der Außenwirtschaft sollen die Unternehmens- und die Wirtschaftsstruktur

1 Vgl. u. a. Holtemöller, O.: Wirtschaftspolitische Herausforderungen für Sachsen-Anhalt: Toleranz, Talente und Technologie, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (3), 2015, 48-51.

2 Der russisch-ukrainische Konflikt wirkt sich auf die Exporte aus Sachsen-Anhalt seit nunmehr vier Jahren negativ aus, allerdings hat der Rückgang der Nachfrage aus Russland (um etwa ein Viertel) und aus der Ukraine (um etwa ein Drittel) auf den Gesamthandel nur begrenzte Wirkung, da der Anteil dieser Länder mit insgesamt rund 3,5% sehr gering ist.

Sachsen-Anhalts kurz charakterisiert werden. Die Unternehmensstruktur ist kleinteilig: Es überwiegen Kleinunternehmen, der Anteil der Großunternehmen (über 250 Beschäftigte) beträgt nur 0,32%. Damit unterscheidet sich die Struktur zwar grundsätzlich nur wenig vom bundesweiten Durchschnitt, allerdings liegt die Bedeutung für den Außenhandel in den Details: Sachsen-Anhalt hat überdurchschnittlich viele kleine und mittelgroße Unternehmen, und die wenigen Großunternehmen haben deutlich weniger Beschäftigte als anderswo (14% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, bundesweit 23%).³ Zudem fehlen bei Großunternehmen am Produktionsstandort weitgehend die Unternehmenssitze. Letzteres ist auch charakteristisch für Ostdeutschland insgesamt. Verbunden ist mit einer derartigen Struktur eine geringere Vernetzung der Unternehmen, was in verschiedener Hinsicht nachteilig wirkt, u. a. auf die Erschließung überregionaler und internationaler Märkte, sodass auch aus diesem Grund oftmals die Exporttätigkeit geringer ist als in vergleichbaren westdeutschen Unternehmen.⁴ Die absolute Anzahl der Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist in den letzten Jahren leicht geschrumpft, vor allem die von Klein- und Kleinunternehmen, was auch mit den zunehmenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Unternehmensnachfolgen zusammenhängt.⁵

Von den Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt ist das Produzierende Gewerbe am umsatzstärksten. Das Ernährungsgewerbe und die Chemische und Pharmazeutische Industrie haben mit 18% bzw. 15% den größten Anteil am Verarbeitenden Gewerbe. Mit einigem Abstand folgen die Metallindustrie und der Maschinenbau, hingegen der Fahrzeugbau mit etwa 2% nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Die höher aggregierten Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes geben einen weiteren Eindruck über die Wirtschaft Sachsen-Anhalts: Vorleistungsgüter haben einen Umsatzanteil von mehr als zwei Dritteln (bundesweit: 38%), Investitionsgüter erreichen hingegen gerade mal 13% (44%) und Ge- und Verbrauchsgüter etwa 20% (17%).⁶ Auffällig ist die im Vergleich relativ geringe Exportquote der Industrie in Sachsen-Anhalt, gemessen als Anteil der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen

der Unternehmen. Zwar hat sich die Quote in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt, ist aber mit aktuell 29,2% selbst im Vergleich ostdeutscher Bundesländer immer noch unterdurchschnittlich (37,6%, bundesweit 49,4%).⁷ Dies scheint allerdings weniger Ausdruck einer Exportschwäche als vielmehr eine Folge der strukturellen Gegebenheiten zu sein. Das große Gewicht von Vorleistungsgüterproduzenten innerhalb der sachsen-anhaltischen Industrie führt dazu, dass auch im Export Vorleistungsgüter dominieren. Doch während in Ostdeutschland insgesamt die Investitionsgüterhersteller in den letzten Jahren gegenüber den Vorleistungsgüterproduzenten aufholen konnten und auch im Export beide Gütergruppen nunmehr fast gleichauf liegen,⁸ trifft dies auf Sachsen-Anhalt nicht zu. Hierin kommt der große Stellenwert der Vor- und Halberzeugnisse in der Chemischen Industrie und in der Metallverarbeitung zum Ausdruck. Die in Sachsen-Anhalt hergestellten Vorleistungsgüter werden in anderen Bundesländern weiterverarbeitet und im Bundesland des Endproduzenten als Exporte erfasst. Würde man die innerdeutschen Warenströme berücksichtigen und den nicht-regionalen Absatz der Industrie zum Auslandsabsatz der sachsen-anhaltischen Industrie hinzurechnen, würde sich eine höhere Absatzquote ergeben. Offizielle Statistiken zu Sachsen-Anhalt liegen dafür nicht vor, allerdings wird der überdurchschnittlich hohe Anteil der „indirekten“ Exporte in Dokumenten immer wieder thematisiert.⁹ Berechnungen des IWH kommen auf der Basis des IAB-Betriebspanels für das gesamte ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe für das Jahr 2014 auf einen Anteil überregionaler Absatzmärkte am Gesamtumsatz der Unternehmen von bis zu 69%.¹⁰

Der sachsen-anhaltischen Wirtschaftsstruktur entsprechen auch die wichtigsten Exportgüter: Führend sind Kunststoffe und pharmazeutische Erzeugnisse mit jeweils 9% Anteil am Gesamtexport, gefolgt von chemischen Vorerzeugnissen, Gummi- und Kunststoffwaren sowie Maschinen und Metallerzeugnissen. Chemische Erzeugnisse haben insgesamt einen Exportanteil von 26%. Die exportstarken Warengruppen weisen auch beträchtliche Wachstumsraten auf. So ist

3 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: *Unternehmen und Arbeitsstätten. Auswertung aus dem Unternehmensregister*. 31. Mai 2014, Magdeburg 2016.

4 Vgl. Arnold, M. et al.: *Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft*. DIW Econ GmbH. Berlin 2015, 106.

5 Zur Entwicklung einer Gründerkultur bzw. zur Sensibilisierung eines gründungsaffinen Bewusstseins hat das Land Sachsen-Anhalt verschiedene Förderinitiativen initiiert, u. a. Hochschulnetzwerke, das ego-Pilotennetzwerk und Zuschüsse für Gründungen.

6 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: *Produzierendes Handwerk, Gewerbe (Statistischer Bericht 2014)*. Magdeburg, 2015.

7 Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt: *Daten zur wirtschaftlichen Lage im Land Sachsen-Anhalt, IV. Quartal 2015*. Magdeburg 2016, 9.

8 Vgl. Brautzsch, H.-U. et al.: Ostdeutsche Wirtschaft: Konjunktur bleibt im Jahr 2015 kräftig, strukturelle Probleme hemmen, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg 3 (3), 2015, 115.

9 Z. B. im Außenwirtschaftskonzept Sachsen-Anhalts. Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt: *Außenwirtschaftskonzept des Landes Sachsen-Anhalt*. Magdeburg 2014, 6.

10 Vgl. Brautzsch, H.-U. et al., a. a. O., 117.

zwischen 2008 und 2015 die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen um 20%, von pharmazeutischen Erzeugnissen um 152%, von Gummi- und Kunststoffwaren sowie Maschinen um 46% bzw. 27% gestiegen. Diese Steigerungen lassen sich nicht allein auf einen überproportionalen Ölpreisanstieg in einzelnen Jahren zurückführen, sie sind auch ein Indiz dafür, dass das Land in diesen Sektoren ganz offensichtlich über international wettbewerbsfähige (Groß-)Unternehmen verfügt.

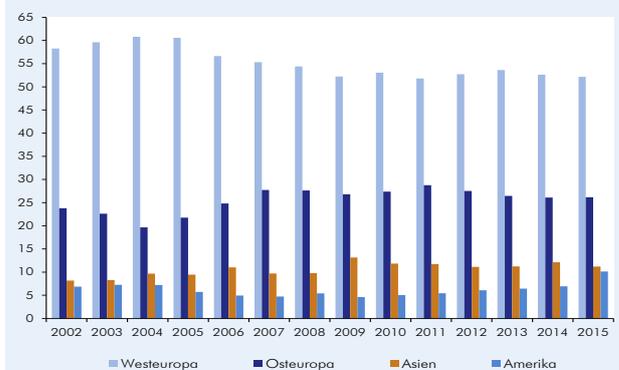
Verschiebung der Schwerpunkte innerhalb der Handelsregionen

Betrachtet man die regionale Ausrichtung der Exporte, fällt auf, dass sich die sachsen-anhaltischen Unternehmen auf die bereits erschlossenen Exportmärkte in geographischer Nähe konzentrieren. Nahezu 80% der Ausfuhren gehen nach Europa, 70% in die Länder der Europäischen Union. Einen ähnlich hohen Anteil der Ausfuhren in diese Region haben nur noch das Saarland und Thüringen, während in den anderen Bundesländern außereuropäische Regionen eine größere Rolle spielen. Auch der Anteil der Ausfuhren in mittel- und osteuropäische Länder von mehr als einem Viertel aller Ausfuhren unterscheidet Sachsen-Anhalt von anderen Bundesländern. Polen stellt als größter Exportmarkt eine wesentliche Säule der Ausfuhren dar, bei gleichzeitig stabilem Wachstum. Im Handel mit anderen Hauptabnehmerländern sind die Exporte zwar im Vergleich zu Polen deutlich geringer, sie weisen jedoch ein hohes Wachstum auf (vgl. Abbildung 1). Mit dem traditionellen osteuropäischen Handelspartner Russland haben sich die Handelsbeziehungen bei

einem Anteil von 3 bis 4% stabilisiert. Damit liegt Russland etwa an zwölfter Position, hinter der Schweiz. Das Land bildet für sachsen-anhaltische Unternehmen des Maschinenbaus, der Chemischen Industrie und der Nahrungsgüterwirtschaft noch immer einen wichtigen Absatzmarkt.¹¹ Außerhalb Europas spielen Asien und Amerika als Absatzregionen eine Rolle (vgl. Abbildung 2). China als stark wachsender Exportmarkt außerhalb Europas ist unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Sachsen-Anhalts, die übrigen BRIC-Staaten¹² liegen auf hinteren Rängen.

Abbildung 2
Exporte nach Hauptregionen, 2002 bis 2015

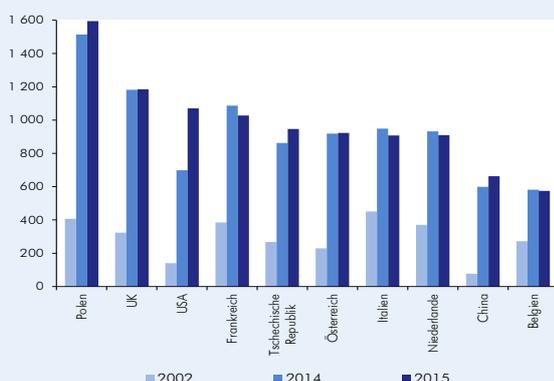
Anteil an Gesamtexporten in %



Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Darstellung des IWH.

In den vergangenen Jahren hat sich die regionale Struktur der Ausfuhren begonnen zu wandeln, auch bedingt durch die international schwache Konjunktur in den westeuropäischen Hauptabnehmerländern. Im Jahr 2014 hatte Großbritannien die mit Abstand größte Zuwachsrate bei den Ausfuhren und konnte sich hinter Polen auf Platz 2 positionieren. China als der bis dahin am stärksten wachsende außereuropäische Exportmarkt der sachsen-anhaltischen Wirtschaft wurde von den Vereinigten Staaten abgelöst. Auch im vergangenen Jahr verlief der Handel mit den USA außerordentlich dynamisch, mit einem Zuwachs von 54% liegen sie nun auf Platz 3 hinter Großbritannien. Die Ausfuhren in die traditionellen westeuropäischen Märkte Frankreich, Italien sowie die Niederlande schwächten sich hingegen ab.

Abbildung 1
Umsätze nach Haupthandelspartnern
in Mio. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Darstellung des IWH.

11 Der Nachfragerückgang aus Russland im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt und als Reaktion auf Sanktionsmaßnahmen der EU gegenüber Russland trifft insbesondere Nahrungsmittelproduzenten und Fahrzeugteillieferer (etwa Halbierung der Umsätze in den letzten drei Jahren), hingegen die anderen Branchen etwas stabiler blieben.

12 Zu den BRIC-Staaten gehören Brasilien, Russland, Indien und China.

Neues Außenwirtschaftskonzept des Landes soll Internationalisierung stärken

Die Landesregierung hat die stärkere Internationalisierung der Unternehmen und das Wachstumspotenzial für das Land als Herausforderung erkannt und im Jahr 2014 ein neues Außenwirtschaftskonzept verabschiedet.¹³ Im Unterschied zum Konzept aus dem Jahr 2008 zielt es nicht einfach auf eine Steigerung der Exporte durch Instrumente der Exportförderung ab, sondern verfolgt eingebettet in die Internationalisierungs- und Europastrategie sowie die Regionale Innovationsstrategie des Landes die Schaffung von breiteren Rahmenbedingungen.¹⁴ Dabei wird der Vernetzung mit Wissenschaftspartnern große Bedeutung eingeräumt, um die Innovationstätigkeit der Unternehmen zu erhöhen. Dies wird als ein erfolgversprechender Weg angesehen, um Sachsen-Anhalt bei den Außenwirtschaftsaktivitäten im Bundesländervergleich zu stärken.¹⁵ Auch Studien zum Unternehmenssektor in Ostdeutschland sehen Maßnahmen, die die Innovationstätigkeit von Unternehmen stimulieren, als Beitrag zur Erhöhung ihrer Produktivität und damit dazu geeignet an, ihre Exportaktivitäten zu unterstützen.

Fazit

Nicht nur in Bezug auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch bei der internationalen Ausrichtung der Wirtschaft belegt Sachsen-Anhalt innerhalb der Bundesländer einen hinteren Platz. Dies hat einerseits mit der spezifischen Wirtschafts- und damit Exportgüterstruktur des Landes zu tun, die viel stärker als bei anderen durch Vorleistungsgüterproduzenten gekennzeichnet ist. Zum anderen ist der Außenhandel regional wenig diversifiziert und vor allem auf europäische Märkte konzentriert. Um unter diesen Bedingungen Potenziale für die Außenwirtschaft zu erschließen und die Internationalisierung der Unternehmen voranzutreiben, müssen vom Land Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen für den Unternehmenssektor, vor allem für die vorherrschenden kleinen und mittleren Unternehmen, verbessert werden. Die Landes-

regierung hat diese Herausforderung in der abgeschlossenen Legislaturperiode erkannt und mit einem Außenwirtschaftskonzept reagiert, das wesentliche Standortfaktoren, wie Fachkräftesituation und Gründungsgeschehen, Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, Innovationsaktivitäten sowie die strategische Erschließung von Auslandsmärkten umfasst. Die neue Landesregierung sollte hier zielgerichtet weiter ansetzen. 

13 Außenwirtschaftskonzept des Landes Sachsen-Anhalt, a. a. O.

14 Internationalisierungs- und Europastrategie für Sachsen-Anhalt, Beschluss der Landesregierung vom 10.01.2012. Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2014 – 2020. Magdeburg 2014. Zu einer Bilanz siehe: <http://www.investieren-in-sachsen-anhalt.de/presse/nachrichten-iisa/2015/11/Bilanz>.

15 PricewaterhouseCoopers (PWC): *Analysen und Empfehlungen für ein neues Außenwirtschaftskonzept für Sachsen-Anhalt*. Magdeburg 2013, 32-36.



Martina Kämpfe

Abteilung Makroökonomik

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Vererbung von Arbeitslosigkeit: Wie der Vater, so der Sohn?

Steffen Müller

Jugendarbeitslosigkeit und mangelnde Chancen sozialen Aufstiegs gehören zu den wichtigsten sozialpolitischen Herausforderungen in vielen Ländern. Die Probleme erweisen sich als so hartnäckig, dass die These naheliegt, sie würden innerhalb der Familien „vererbt“. Eine Studie des IWH und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat jetzt erstmals für Deutschland untersucht, wie lange junge Männer, die als Kinder einen zeitweise arbeitslosen Vater hatten, später selbst arbeitslos gewesen sind. Zudem wurde geprüft, ob die Ursache für die Arbeitslosigkeit der Söhne in der Arbeitslosigkeit der Väter selbst oder in gemeinsamen familiären Faktoren zu suchen ist, die zu einer höheren Arbeitslosigkeit von Vätern und Söhnen führen.

JEL-Klassifikation: C21, C26, J62

Schlagerwörter: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, soziale Mobilität

Die Arbeitslosenquote für Jugendliche liegt im EU-Durchschnitt bei etwa 20% und in vielen europäischen Ländern noch deutlich darüber. Jugendarbeitslosigkeit kann zu Perspektivlosigkeit, sozialen Spannungen und Migration führen. Auch über den Tag hinaus kann sie langfristige Narben in den Erwerbsbiographien hinterlassen und ökonomische und soziale Ungleichheiten zementieren.¹ Wissenschaftliche Erkenntnisse über die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit sind daher von hoher politischer Relevanz. Von besonderer Bedeutung ist, ob Jugendarbeitslosigkeit reduziert werden kann, indem väterliche Arbeitslosigkeit bekämpft wird, oder ob politische Maßnahmen eher bei den Jugendlichen selbst ansetzen sollten.

Familienhintergrund oder kausaler Effekt?

Dieser Beitrag untersucht, ob Jugendarbeitslosigkeit von früherer Arbeitslosigkeit des Vaters abhängt.² Ein leitender Gedanke der Analyse ist, dass ein Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeitserfahrung von Vater und Sohn³ verschiedene Gründe haben

kann. Zum einen teilen Eltern und Kinder zahlreiche beobachtbare und unbeobachtbare Merkmale, und zum anderen kann väterliche Arbeitslosigkeit die Arbeitslosigkeit des Sohnes unabhängig von gemeinsamen Merkmalen kausal verursachen.

Wichtig für die Beschäftigungschancen sind zum einen beobachtbare Charakteristika wie Bildungsabschlüsse, Berufswahl, Wohnort oder soziale Kontakte. In diesen Merkmalen sind sich die Mitglieder einer Familie ähnlich, sie werden quasi über die Generationen hinweg vererbt (intergenerationale Korrelation). Dasselbe gilt auch für meist nicht beobachtbare Merkmale wie Einstellungen, Fähigkeiten oder Motivation. Zum anderen sind mögliche kausale Effekte väterlicher Arbeitslosigkeit auf Jugendarbeitslosigkeit der Söhne von besonderem Interesse. Diese können zum Beispiel durch Spannungen innerhalb der Familie, eine Reduzierung der Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit oder durch Einkommensverluste und damit einhergehende verringerte Möglichkeiten für Bildungsinvestitionen entstehen. Andererseits ist denkbar, dass väterliche Arbeitslosigkeit die Chancen des Sohnes verbessert, etwa weil der Vater durch den Zueginn an Freizeit dem Sohn mehr Zeit widmen kann oder weil die Familie den Wert von Bildung und Ausbildung aufgrund der Arbeitslosigkeitserfahrung höher schätzt. Die Richtung des kausalen Effekts ist somit *a priori* unklar.

- 1 Vgl. Gregg, P.: The Impact of Youth Unemployment on Adult Unemployment in the NCDS, in: *The Economic Journal*, Vol. 111 (475), 2001, 626-653. – Schmillen, A.; Umkehrer, M.: The Scars of Youth. Effects of Early-career Unemployment on Future Unemployment Experience. *IAB Discussion Paper No. 6/2013*. Nürnberg 2013.
- 2 Dieser Beitrag basiert auf Mäder, M.; Riphahn, R.; Schwientek, C.; Müller, S.: Intergenerational Transmission of Unemployment – Evidence for German Sons, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Vol. 235 (4/5), 2015, 355-375.
- 3 Der Einfluss der Arbeitslosigkeit der Mutter wird nicht untersucht. Grund dafür ist die geringere Erwerbsbeteiligung von Müttern, die

eine Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und damit die Interpretierbarkeit der Ergebnisse erschwert.

Kasten**Methoden zur Bestimmung des kausalen Effekts**

Das zugrundeliegende Modell erklärt die Arbeitslosigkeit des Sohnes durch die frühere Arbeitslosigkeit des Vaters (im Alter von zehn bis 15 Jahren des Sohnes) und eine Reihe von Merkmalen von Vätern und Söhnen. Die Bestimmung kausaler Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge ist schwierig, da Väter und Söhne gemeinsame Merkmale haben können, die unbeobachtbar sind. Beeinflussen diese Merkmale sowohl die Arbeitslosigkeit des Vaters als auch die des Sohnes, dann weisen klassische Regressionsmodelle einen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit von Vater und Sohn aus, obwohl es keinen kausalen Zusammenhang gibt. Verschiedene ökonometrische Verfahren können unter bestimmten Annahmen dennoch Ursache-Wirkungs-Beziehungen identifizieren. In dieser Studie kommen zur Bestimmung des kausalen Effekts zwei Verfahren zum Einsatz, ein Instrumentvariablenschätzer und der Ansatz von Gottschalk.^a Statt originärer Daten zur väterlichen Arbeitslosigkeit nutzt der Instrumentvariablenschätzer die Vorhersage väterlicher Arbeitslosigkeit auf Basis branchenweiter Arbeitslosigkeit. Um den kausalen Effekt zu bestimmen, ist jedoch Unkorreliertheit branchenweiter Arbeitslosigkeit mit den o. g. unbeobachtbaren Determinanten der Arbeitslosigkeit der Söhne erforderlich. Das Gottschalk-Verfahren fügt in das Regressionsmodell stattdessen die Arbeitslosigkeit des Vaters im Alter 25 bis 30 des Sohnes ein und identifiziert als kausalen Effekt die Differenz zwischen den Koeffizienten dieser zusätzlichen Variable und der Vaterarbeitslosigkeit. Die Intuition hinter dieser Vorgehensweise ist, dass die Arbeitslosigkeit der Väter im Alter 25 bis 30 des Sohnes frühere Arbeitslosigkeit des Sohnes (Alter 17 bis 24) nicht mehr beeinflusst und somit nur noch die Effekte unbeobachteter gemeinsamer Vater-Sohn-Merkmale enthält. Durch Differenzbildung der Koeffizienten wird der Einfluss des Familienhintergrunds eliminiert.

^a Gottschalk, P.: Is the Correlation in Welfare Participation across Generations Spurious?, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 63, (1), 1996, 1-25.

Die Unterscheidung zwischen der durch gemeinsame Merkmale hervorgerufenen intergenerationalen Korrelation von Arbeitslosigkeit und dem kausalen Effekt ist bedeutsam, da beides unterschiedliche Politikmaßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit impliziert.

Die internationale Literatur zu diesem Thema zeigt eine starke intergenerationale Korrelation von Arbeitslosigkeit für Großbritannien, Norwegen, Kanada und Schweden, aber keine eindeutigen Hinweise auf einen kausalen Effekt. Für Deutschland existiert keine direkte Evidenz zu diesem Thema,⁴ allerdings sind Jugendliche beim Übergang zwischen Berufsausbildung und Beschäftigung länger arbeitslos, wenn der Vater arbeitslos ist.⁵

Die hier vorgestellte Studie nutzt das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁶ der Jahre 1984 bis 2012. Sie untersucht Arbeitslosigkeit von jungen Männern im Alter zwischen 17 und 24 Jahren⁷ und definiert väterliche Arbeitslosigkeit als offiziell registrierte Arbeitslosigkeit in dem Zeitraum, in dem der Sohn zwischen zehn und 15 Jahre alt war. Um die Söhne arbeitsloser und beschäftigter Väter vergleichbarer zu machen, berücksichtigen wir die Effekte beobachtbarer Merkmale wie beispielsweise Schulabschluss, Alter und Geschwisterzahl (Kontrollvariablen). Einen Überblick über die verwendeten Kausalmethoden gibt der Methodenkasten.

Söhne arbeitsloser Väter sind häufiger selbst arbeitslos – entscheidend ist der Familienhintergrund

Die Ergebnisse der Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Söhne arbeitsloser Väter sind im Alter von 17 bis 24 Jahren häufiger selbst arbeitslos als Söhne, deren Väter eine Beschäftigung hatten. Jedes Jahr mehr an väterlicher Arbeitslosigkeit im Alter zehn bis 15 Jahre des Sohnes erhöht die Arbeitslosigkeit des Sohnes um etwa ein Drittel (bezogen auf die mittlere Jugendarbeitslosigkeit in der Stichprobe). Dieser Zusammenhang ist statistisch hochsignifikant; ob er durch gemeinsame Merkmale der Väter und Söhne

4 Müller, S. et al. erweitern den vorliegenden Beitrag auf Bildungsentscheidungen und analysieren zudem den Effekt auf Töchter und Söhne getrennt. Müller, S. et al.: Paternal Unemployment During Childhood: Causal Effects on Youth Worklessness and Educational Attainment. *IWH Discussion Papers 8/2016*. Halle (Saale) 2016.

5 Franz, W. et al.: Young and Out in Germany. On Youths' Chances of Labor Market Entrance in Germany, in: D. Blanchflower, R. Freeman (eds), *Youth Unemployment and Joblessness in Advanced Countries*. NBER: Cambridge, MA, 2000, 381-426.

6 Zum Sozio-oekonomischen Panel vgl. <http://www.diw.de/soep>.

7 Dieses Altersfenster entspricht der üblichen Definition von Jugendarbeitslosigkeit. Da Jugendliche häufig keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, fehlen oft die Anreize, sich offiziell arbeitslos zu melden. Im Einklang mit der Literatur fassen wir den Begriff der Arbeitslosigkeit daher weiter und definieren alle jungen Männer als arbeitslos, die entweder arbeitslos gemeldet oder nicht beschäftigt sind und die sich nicht in Ausbildung, Schule, Hochschule oder Militärbzw. Ersatzdienst befinden.

verursacht wird oder durch die Arbeitslosigkeitserfahrung des Vaters, kann aus dieser Zahl jedoch nicht abgelesen werden.

Ein erster Schritt in Richtung kausaler Interpretierbarkeit besteht darin, die oben benannten Kontrollvariablen einzufügen. Zwar bleibt der Zusammenhang statistisch signifikant, allerdings führt die Aufnahme von Kontrollvariablen zu seiner Halbierung. Dieser Koeffizient bedeutet, dass auch in Schulabschluss, Alter und weiteren Merkmalen vergleichbare Söhne (mit zudem vergleichbaren beobachtbaren Vatermerkmalen) häufiger arbeitslos sind, wenn ihr Vater arbeitslos war. Auch dieser Zusammenhang ist noch nicht als kausaler Zusammenhang interpretierbar, da der familiäre Hintergrund auch unbeobachtbare Merkmale umfasst, wie z. B. Motivation, Wertvorstellungen und Einstellungen zu Arbeit.

Die beiden Methoden zur Bestimmung kausaler Effekte (vgl. Kasten) können dieses Problem unter bestimmten Annahmen beheben. Sowohl die Instrumentvariablenschätzung als auch der Gottschalk-Ansatz finden keinen Zusammenhang mehr zwischen der Arbeitslosigkeit des Vaters und späterer Arbeitslosigkeit des Sohnes. Das bedeutet, dass Arbeitslosigkeit des Vaters die Arbeitslosigkeit des Sohnes nicht erhöht, sondern dass die positive Korrelation vielmehr durch unbeobachtbare Familienmerkmale verursacht wird.

Vater-Sohn-Zusammenhang ist schwächer im Osten Deutschlands – bei Migrationshintergrund verschwindet er ganz

Hinter den für Gesamtdeutschland geltenden Durchschnittseffekten verbergen sich für wichtige Subgruppen durchaus unterschiedliche Ergebnisse. So besteht kein Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit von Söhnen und Vätern bei Familien mit Migrationshintergrund. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass in diesen Familien eine größere soziale Mobilität zwischen den Generationen besteht, was in Bezug auf die Bildungswege bereits in verschiedenen Studien gezeigt werden konnte. Außerdem ist bemerkenswert, dass der Zusammenhang im Osten Deutschlands weit schwächer ausgeprägt ist als im Westen. Eine mögliche Erklärung besteht darin, dass Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland insgesamt weiter verbreitet ist und arbeitslose Familien sich daher nicht so stark von der Durchschnittsbevölkerung abheben. Denkbar ist auch, dass die Umbruchsituation in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung den engen Zusam-

menhang zwischen den Arbeitsmarkterfolgen von Eltern und Kindern gelockert hat.

Die Arbeitslosigkeitsdauer der Söhne hängt stark von der väterlichen Bildung ab: Söhne von geringqualifizierten Vätern sind durchschnittlich 0,73 Jahre arbeitslos, Söhne hochqualifizierter Väter nur 0,07 Jahre. Daher wäre es schlecht für die Söhne ungebildeter Väter, wenn für sie die intergenerationale Korrelation der Arbeitslosigkeit stark ist. Jedoch zeigt sich, dass der Vater-Sohn-Zusammenhang für geringqualifizierte Väter nicht nachweisbar ist. Stattdessen ist der Vater-Sohn-Zusammenhang für mittlere Bildungsniveaus am höchsten. Weitere Analysen zeigen, dass Vatermerkmale wie Alter und Bildung für die intergenerationale Transmission wichtiger sind als Familienmerkmale wie z. B. die Anzahl der Geschwister oder Migrationshintergrund.

Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Die Ursache für die Arbeitslosigkeit der Söhne ist nicht in der Arbeitslosigkeit der Väter selbst, sondern in gemeinsamen familiären Faktoren zu suchen, die zu einer höheren Arbeitslosigkeit von Vätern und Söhnen führen. Damit wird ein international wiederholt gezeigtes Ergebnis erstmals für Deutschland bestätigt. Dieser Befund bedeutet, dass Jugendarbeitslosigkeit nicht wie häufig vermutet durch väterliche Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Begleiterscheinungen, wie familiäre Spannungen oder reduzierte finanzielle Mittel für Bildungsinvestitionen, verursacht wird. Eine Einflussnahme auf die Arbeitslosigkeit der Väter wird daher vermutlich nicht zu einer Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit führen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss vielmehr auch in Deutschland direkt bei den Jugendlichen und ihren Milieufaktoren ansetzen. Welche Milieufaktoren entscheidend sind, können die in dieser Studie verwendeten Daten allerdings nur zum Teil beantworten. Auch die Bestimmung geeigneter Angebote an betroffene Jugendliche muss künftiger Forschung überlassen werden. 



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

IWH-Baumfrage im ersten Quartal 2016: Hochkonjunktur im Ausbaugewerbe

Brigitte Loose

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH zu Beginn des Jahres 2016 nochmals verbessert. Bei der Bewertung der aktuellen Lage setzt sich die in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 einsetzende Aufwärtsbewegung weiter fort. Besonders deutlich hellt sich die Situation im Ausbaugewerbe auf.

Die Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr, die sich bereits zum Jahresende kräftig erholt hatten, verbleiben in etwa auf diesem Stand (vgl. Abbildung 1). Die Salden aus den positiven und negativen Meldungen der Unternehmen bewegen sich alles in allem auf recht hohem Niveau. Bei der Geschäftslage wird der

hohe Saldenwert des milden Winters 2014 nahezu erreicht, die Erwartungen liegen sogar um drei Punkte darüber (vgl. Tabelle).

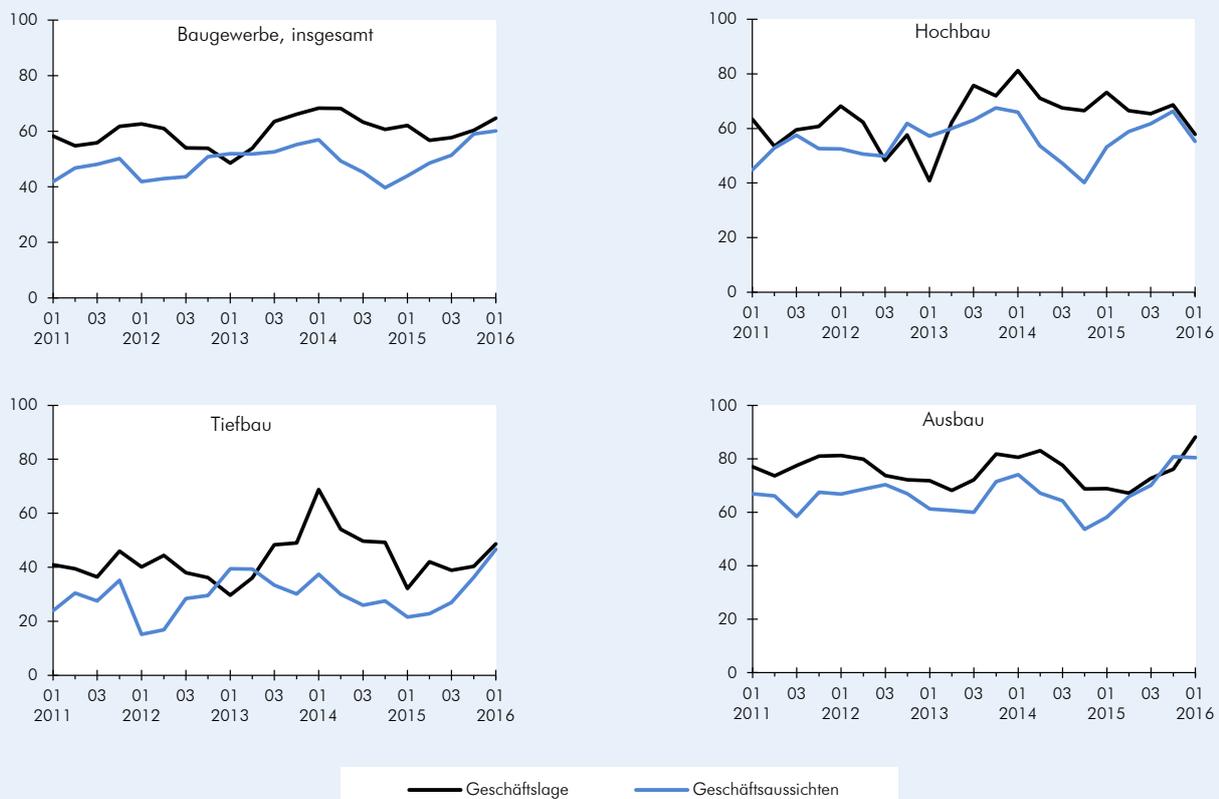
Die Auftragslage, die vor dem Jahreswechsel eher stagnierte und die Unternehmen veranlasste, zunächst die Aufträge im Bestand abzarbeiten, zieht nunmehr in allen Sparten wieder an (vgl. Abbildung 2). Die Erwartungen hinsichtlich der Erträge und der Baupreise geben zwar etwas nach, die immer noch hohen Saldenwerte deuten aber auf eine vergleichsweise auskömmliche Situation hin.

Getragen wird diese Entwicklung vor allem von einer deutlichen Klimaauflhellung im *Ausbaugewerbe*. Auch

Abbildung 1

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle**Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe**Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

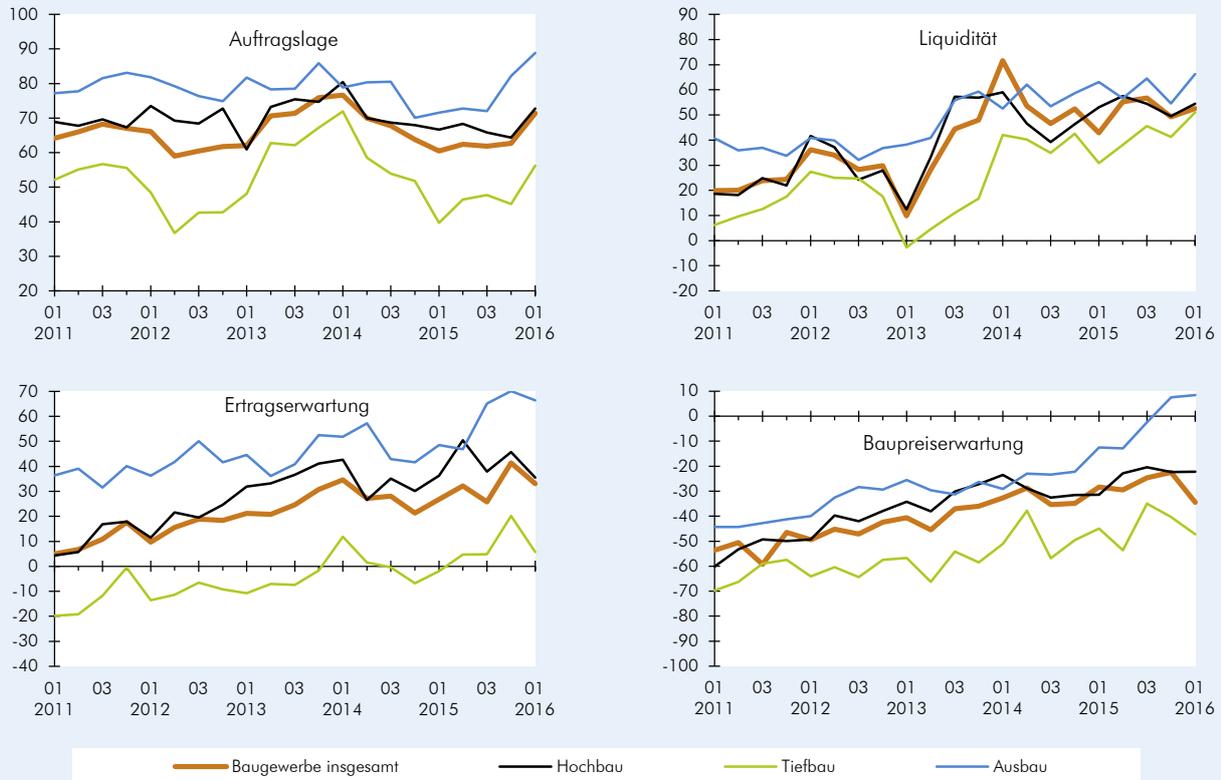
	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15	1/16
Baugewerbe									
Lage	68	68	63	61	62	57	58	60	65
Aussichten	57	49	45	40	44	49	51	59	60
Produktion	69	61	61	57	56	51	49	48	47
Auftragslage	77	70	68	64	60	62	62	63	71
Liquidität	72	54	47	52	43	55	57	49	53
Baupreise	-32	-34	-30	-31	-29	-25	-28	-25	-23
Produktionserwartungen	58	48	45	40	39	45	43	55	49
Ertragserwartungen	35	27	28	21	27	32	26	41	33
Baupreiserwartungen	-33	-29	-35	-35	-28	-30	-25	-22	-34
Hochbau									
Lage	81	71	67	67	73	67	65	69	58
Aussichten	66	54	47	40	53	59	62	66	55
Produktion	84	64	62	61	65	64	61	60	55
Auftragslage	80	70	69	68	67	68	66	64	73
Liquidität	59	47	39	46	53	57	54	49	54
Baupreise	-24	-29	-24	-23	-17	-12	-12	-24	-23
Produktionserwartungen	61	50	44	49	46	53	59	61	56
Ertragserwartungen	43	27	35	30	36	50	38	46	36
Baupreiserwartungen	-24	-29	-33	-32	-31	-23	-20	-22	-22
Tiebbau									
Lage	69	54	50	49	32	42	39	40	49
Aussichten	37	30	26	27	22	23	27	36	47
Produktion	48	48	43	43	32	22	30	29	46
Auftragslage	72	59	54	52	40	46	48	45	56
Liquidität	42	40	35	43	31	38	46	41	51
Baupreise	-57	-53	-54	-49	-52	-49	-47	-49	-49
Produktionserwartungen	46	31	28	21	16	27	25	40	38
Ertragserwartungen	12	1	0	-7	-2	5	5	20	6
Baupreiserwartungen	-51	-38	-57	-50	-45	-54	-35	-40	-47
Ausbau									
Lage	81	83	78	69	69	67	73	76	88
Aussichten	74	67	64	54	58	66	70	81	80
Produktion	76	69	75	71	68	69	65	66	84
Auftragslage	79	80	81	70	72	73	72	82	89
Liquidität	53	62	53	59	63	57	64	55	66
Baupreise	-18	-20	-19	-21	-18	-10	-10	3	6
Produktionserwartungen	71	68	60	56	57	59	71	75	75
Ertragserwartungen	52	57	43	42	49	47	65	70	66
Baupreiserwartungen	-29	-23	-23	-22	-12	-13	-2	8	8

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Abbildung 2
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

angesichts der Flüchtlingsmigration nach Deutschland ist wohl von vermehrtem Um- und Ausbau des Wohnungsbestandes auszugehen, was vor allem dem darauf spezialisierten Ausbaugewerbe zugutekommt. Laut IWH-Umfrage erreichen die Salden zur Auftragslage, Produktion, Liquidität sowie zu den Erwartungen hinsichtlich Produktion und Preisen hier den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2000. Das korrespondiert mit den außerordentlich kräftig gestiegenen Ausbauleistungen im Januar in Deutschland insgesamt.

Im *Tiefbau* laufen die Baugeschäfte ebenfalls besser. Die Belebung ergibt sich sowohl aus der günstigeren aktuellen Lage als auch aus den aufgehellten Aussichten. Von niedrigem Niveau aus hat sich hier vor allem die Auftragsituation deutlich verbessert. Allerdings haben die Unternehmen ihre zuletzt gemeldeten Preiserhöhungsspielräume für die Zukunft wieder etwas zurückgenommen.

Im *Hochbau* hat sich das Geschäftsklima dagegen etwas abgekühlt. Zwar dürfte die Auftragslage zuletzt

ebenfalls etwas günstiger gewesen sein. Die Auftragsreserven dürften allerdings etwas schmaler ausfallen als in den anderen Sparten, denn sowohl die Lagebewertung als auch die Aussichten geben mit rund zehn Saldenpunkten vergleichsweise deutlich nach. 



Dr. Brigitte Loose
 Abteilung Makroökonomik

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2016: Optimistische Erwartungen im Konsumgütergewerbe

Cornelia Lang

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands setzt sich die Erwärmung des Geschäftsklimas der zweiten Jahreshälfte 2015 nicht fort. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Umfrage im ersten Quartal 2016. Per saldo geht die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage um einen Punkt zurück, bei den Geschäftsaussichten sind es zwei Punkte (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Dieser Dämpfer könnte der deutlich geringeren Zufriedenheit der Unternehmen mit der Auftragslage geschuldet sein.

Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen liegt neun Punkte unter dem Wert der Vorperiode und auch unter dem Vorjahresniveau (vgl. Abbildung 2

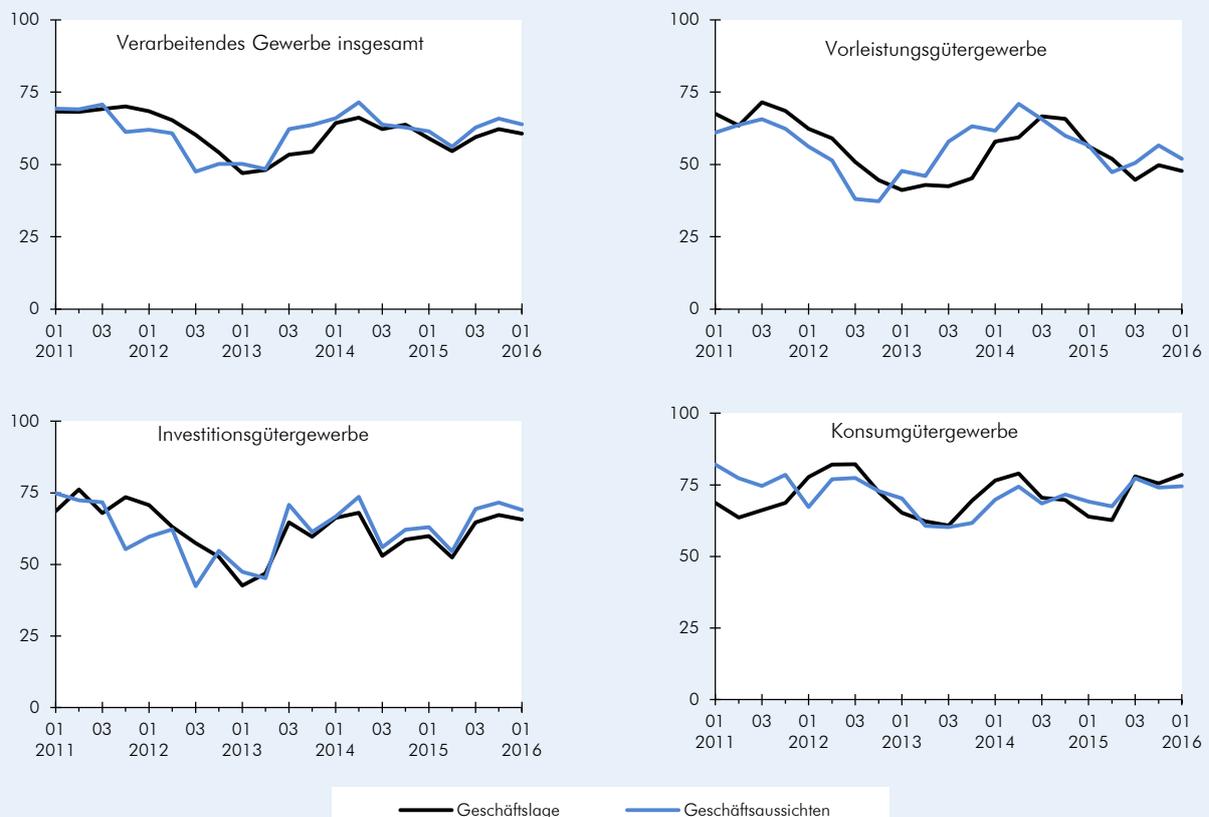
und Tabelle). Die Produktions- und Ertragsserwartungen geben demgegenüber nur geringfügig nach (Rückgang um einen bzw. zwei Saldenpunkte). Unzufriedener als am Jahresende 2015 sind die Unternehmen auch mit der gegenwärtigen Produktionslage.

Den drei fachlichen Hauptgruppen ist gemeinsam, dass die Beurteilung der Auftragslage schlechter ausfällt als im Vorquartal. Darüber hinaus geben sie kein einheitliches Bild ab. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern hat sich das Konjunkturklima abgekühlt. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate werden nicht mehr so gut wie am Jahresende 2015 bewertet (vgl. Tabelle). Neben der Auftragslage wird mit der

Abbildung 1

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

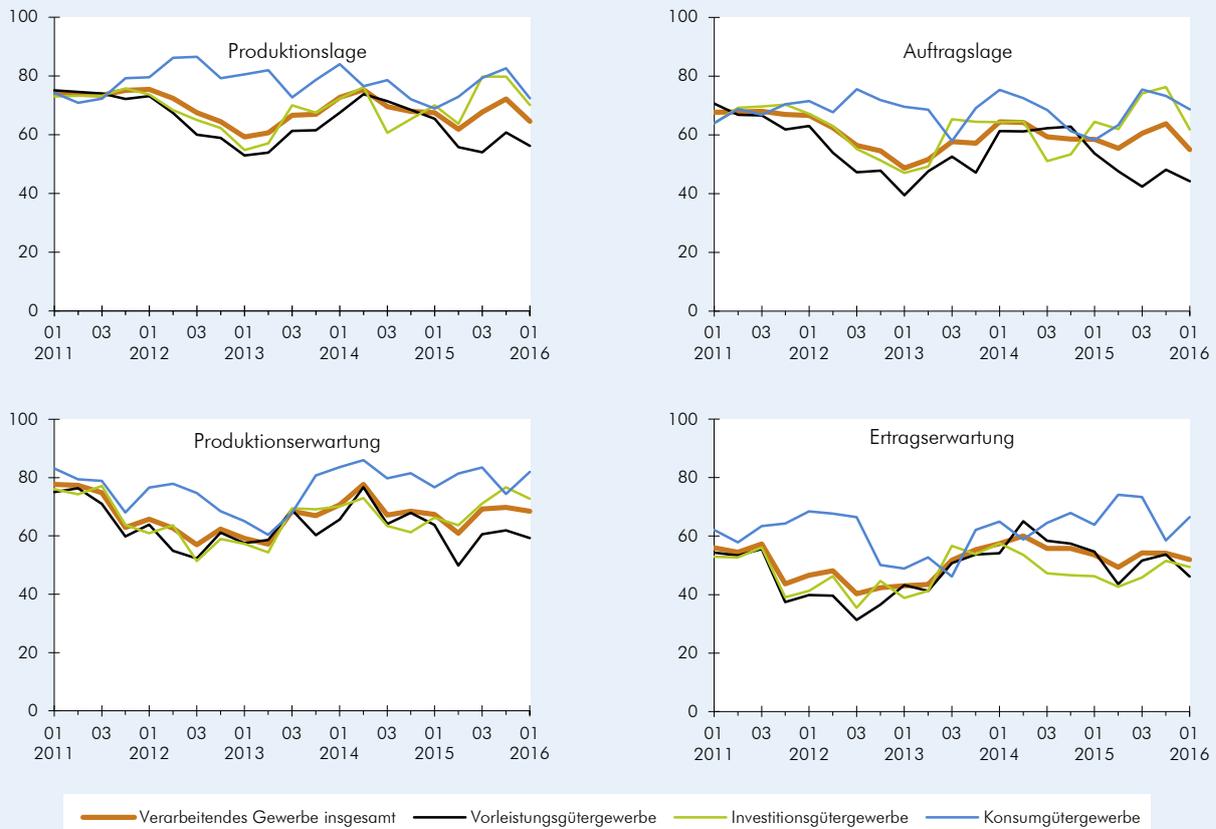
Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle**Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe**Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15	1/16
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	64	66	62	64	59	55	59	62	61
Aussichten	66	72	64	63	61	56	63	66	64
Produktion	73	75	69	68	68	62	68	72	65
Auftragslage	64	64	59	59	58	55	60	64	55
Liquidität	60	57	60	57	63	63	61	64	63
Produktionserwartungen	71	78	67	69	67	61	69	70	69
Ertragserwartungen	57	60	56	56	54	49	54	54	52
Vorleistungsgewerbe									
Lage	58	59	67	66	56	52	45	50	48
Aussichten	62	71	66	60	57	47	51	57	52
Produktion	67	74	71	68	65	56	54	61	56
Auftragslage	61	61	62	63	54	48	42	48	44
Liquidität	59	53	57	54	59	62	56	59	60
Produktionserwartungen	66	77	64	68	64	50	61	62	59
Ertragserwartungen	54	65	58	57	55	44	52	54	46
Investitionsgütergewerbe									
Lage	66	68	53	59	60	52	65	67	66
Aussichten	67	74	56	62	63	55	69	72	69
Produktion	72	76	61	65	70	64	80	80	70
Auftragslage	64	65	51	53	64	62	74	76	62
Liquidität	66	60	59	51	57	55	55	62	60
Produktionserwartungen	70	73	63	61	66	64	71	77	73
Ertragserwartungen	58	54	47	47	46	43	46	51	49
Konsumgütergewerbe									
Lage	77	79	71	70	64	63	78	75	78
Aussichten	74	68	72	69	67	77	74	74	82
Produktion	84	76	79	72	69	73	79	83	72
Auftragslage	75	72	68	61	58	63	75	73	69
Liquidität	53	60	70	76	85	80	82	74	73
Produktionserwartungen	84	86	80	81	77	81	83	74	82
Ertragserwartungen	65	59	65	68	64	74	73	59	66

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „[Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download](#)“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Abbildung 2**Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen**Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Produktionserwartung ein weiterer vorlaufender Indikator nach unten korrigiert. Das Niveau der Vorjahressalden erreicht die Sparte derzeit nicht.

Im Investitionsgütergewerbe ist die Hochstimmung vorerst vorbei. Aus den Einschätzungen des Geschäftsklimas durch die Unternehmen resultieren nicht mehr ganz die Saldenwerte des Vorquartals. Vor allem aber geht die Zufriedenheit mit der Auftragslage zurück, und zwar um 14 Saldenpunkte. Die Produktionserwartungen werden allerdings nur vier Punkte schlechter als Ende 2015 beurteilt und befinden sich nach wie vor auf hohem Niveau.

Ganz anders beurteilen die Unternehmen im Konsumgütergewerbe ihre Geschäftstätigkeit. Die aktuelle Lage wird im Saldo drei Punkte besser bewertet als im Vorquartal, und die Erwartungen an die Geschäfte in den nächsten Monaten sind – trotz der auch hier schlechter eingeschätzten Auftragslage – so hoch wie schon seit einigen Jahren nicht mehr. Produktions- und Ertragserwartungen haben sich gegenüber der

Vorperiode deutlich verbessert, die Sparte erwartet einen „heißen Sommer“.



Dr. Cornelia Lang

Leiterin des Forschungsdatenzentrums

Cornelia.Lang@iwH-halle.de

Von der Transformation zur europäischen Integration: Auf dem Weg zu mehr Wachstumsdynamik – ein Tagungsbericht

Gerhard Heimpold

Unter dem Titel „Von der Transformation zur europäischen Integration: Auf dem Weg zu mehr Wachstumsdynamik“ hat das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit Partnern aus Universitäten in Mitteldeutschland am 22. Februar 2016 Forschungsergebnisse zu den Folgen des Strukturwandels, zur Erzielung von mehr Wachstumsdynamik und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hierfür präsentiert.

Der Präsident des IWH, *Professor Reint E. Gropp, Ph.D.*, plädierte in seinen Begrüßungsworten dafür, weniger auf die Förderkultur und mehr auf dynamische Unternehmen und die alloкатive Funktion der Finanzmärkte zu setzen. Wie dies gelingen kann, sollte auf der Tagung diskutiert werden.

Als Eröffnungsredner erörterte *Christian Lindner*, Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag NRW (Foto), unter dem Titel: „Mehr Unternehmertum in Deutschland – Was die Politik tun sollte“ die wirtschaftspolitische Dimension des Tagungsthemas.



Beim Eröffnungsvortrag: Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag NRW.

Foto: IWH.

Deutschland wachse weniger stark, als es angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten wachsen müsste. Um das zu ändern, sei ein Richtungswechsel erforderlich: Das Erwirtschaften des Wohlstands und nicht seine Verteilung müsse im Zentrum stehen. Dafür werde Flexibilität gebraucht. Der Redner forderte, die Regelungsdichte zu reduzieren und auf Wesent-

liches zu konzentrieren, etwa das Zusammenwirken von Handeln und Haften im Finanzsektor. Für die wirtschaftliche Belebung werde ferner eine bessere Infrastruktur benötigt, speziell im digitalen Bereich. Hier sollte die Dynamik des Wettbewerbs privatwirtschaftlicher Infrastrukturanbieter genutzt werden. Schließlich gehe es um ein besseres Investitionsklima, wofür drei Aspekte wichtig seien: Erstens dürfe es auf keinen Fall neue Subventionen geben, auch nicht für die Elektromobilität. Es gebe genügend privates Kapital. Zweitens bedürfe es marktwirtschaftlicher Strukturen im Energiesektor, und drittens dürften die Erbschaftsteuerregelungen die Unternehmensnachfolge nicht behindern.

Professor Dr. Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität am IWH und Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU), referierte zum Thema „Insolvenz junger und kleiner Betriebe – Welche Lasten tragen die Beschäftigten?“. Es zeigt sich, dass der Verdienstrückgang in diesen Betrieben kaum kleiner als bei etablierten ausfällt. Es scheint nicht gerechtfertigt, in Schwierigkeiten geratene etablierte Betriebe und deren Beschäftigte arbeitsmarktpolitisch stärker zu unterstützen als junge Betriebe und deren Beschäftigte.

Über „Wachstum, Wachstumschancen und Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland“ trug *Professor Dr. Joachim Weimann*, OvGU, vor. Sollte Ostdeutschland die Stagnation beim Aufholprozess überwinden, müssten dort die Wachstumsbedingungen besser sein als in Westdeutschland. Bei Betrachtung von Forschung und Entwicklung, Unternehmensagglomerationen und Humankapitalausstattung sei dies aber nicht der Fall. Daher erwartet der Referent, dass die Abstände bei Einkommen und Lebenszufriedenheit zwischen Neuen und Alten Ländern dauerhaft sein werden.

Professor Dr. Thomas Lenk, Universität Leipzig, referierte über „Länder- und Kommunalhaushalte unter dem Einfluss der demographischen Entwicklung“. Der Redner erläuterte den aktuellen Diskussionsstand zur Gestaltung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen (Ministerpräsidentenkonferenz am 03.12.2015) und

die Herausforderungen für den kommunalen Finanzausgleich. In Kommunen mit Bevölkerungsrückgang gebe es eine sinkende Nachfrage nach öffentlichen Gütern, die Ausgaben würden jedoch nicht in gleichem Umfang abgebaut. Es träten Kostenremanenzen auf. Zum Abschluss des Vortragsteils sprach *Professor Dr. Uwe Cantner*, Friedrich-Schiller-Universität Jena und zugleich Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IWH, zum Thema „Wirksamkeit des Spitzencluster-Wettbewerbs: Befunde aus einer Evaluierung“. In den geförderten Clusterinitiativen seien Kooperationsaktivitäten gesteigert und Vernetzungen intensiviert worden. Die Förderung erhöhe die Sichtbarkeit der Regionen mit den geförderten Clustern. Bei den FuE-Ausgaben sei ein Hebeleffekt zu beobachten.



Bei der Podiumsdiskussion. Von links nach rechts: Marc Melzer, Deutsche Bank; Dipl.-Psych. Dr. Tabea Scheel, FU Berlin und LMU München; James Shotter, Financial Times; Dr. Harriet Wirth, KfW; Prof. Reint E. Gropp, Ph.D., IWH; Prof. Dr. Christoph von Einem, LL.M., ARQUIS Rechtsanwälte; Daniel Worch, Univations GmbH.

Foto: IWH.

Podiumsgespräch „Von der Förderkultur zur Risikokultur?“

Den Abschluss der Tagung bildete ein Podiumsgespräch zum Thema „Von der Förderkultur zur Risikokultur?“. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren: *Professor Dr. Christoph von Einem, LL.M.*, ARQIS Rechtsanwälte; *Professor Reint E. Gropp, Ph.D.*, Präsident des IWH; *Marc Melzer*, Deutsche Bank AG; *Dipl.-Psych. Dr. Tabea Scheel*, Freie Universität (FU) Berlin und Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München im Center for Leadership and People Management; *Dr. Harriet Wirth*, Bereichsleiterin Produktmanagement und Bereichsplanung, KfW Bankengruppe sowie *Daniel Worch*, Geschäftsführer Univations GmbH, Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Regionalvertretung Sachsen-Anhalt im Bundesverband

Deutsche Startups e. V. Moderiert wurde das Gespräch von *James Shotter*, Financial Times.

Eigentlich müssten lukrative Investitionen eine Finanzierung auch ohne Förderung finden, wurde eingangs in die Debatte geworfen. Die USA zeigten, wie es funktionieren kann: mit gut finanzierten Universitäten und einem entwickelten Risikokapitalmarkt, der auch Branchenexpertise zur Verfügung stellt. Zwar gebe es in Deutschland Förderangebote, z. B. für die Seed-Phase. Man brauche aber privates Venture-Kapital für größere Vorhaben (*growth capital*). Die Pensionsfonds in den USA böten solche Möglichkeiten. Kapital suchende Unternehmer müssten sich besser auf die Interessenlage der privaten Kapitalgeber einstellen. Im Interesse von mehr Ausgründungen aus Hochschulen sollten bei Berufungsverfahren auch die unternehmerischen Fähigkeiten ein Kriterium sein. Überhaupt bedürfe der Gedanke des Unternehmertums einer stärkeren Verbreitung. Ferner brauche man eine Kultur, in der offen über Fehler gesprochen wird. Dynamische Unternehmen außerhalb der Agglomerationen, etwa aus Sachsen-Anhalt, sollten den Kontakt zu Regionen mit vielen Business-Angels suchen, z. B. in Berlin, München und Frankfurt. Alles in allem: Viele Wege führen zu mehr Wachstumsdynamik. 



Dr. Gerhard Heimpold

Stellvertretender Leiter der Abteilung
Strukturwandel und Produktivität

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Diskussionspapiere

Structural Reforms in Banking: The Role of Trading

In the wake of the recent financial crisis, significant regulatory actions have been taken aimed at limiting risks emanating from trading in bank business models. Prominent reform proposals are the Volcker Rule in the U.S., the Vickers Report in the UK, and, based on the Liikanen proposal, the Barnier proposal in the EU. A major element of these reforms is to separate “classical” commercial banking activities from securities trading activities, notably from proprietary trading. While the reforms are at different stages of implementation, there is a strong ongoing discussion on what possible economic consequences are to be expected. The goal of this paper is to look at the alternative approaches of these reform proposals and to assess their likely consequences for bank business models, risk-taking and financial stability. Our conclusions can be summarized as follows: First,

the focus on a prohibition of only proprietary trading, as envisaged in the current EU proposal, is inadequate. It does not necessarily reduce risk-taking and it likely crowds out desired trading activities, thereby negatively affecting financial stability. Second, there is potentially a better solution to limit excessive trading risk at banks in terms of potential welfare consequences: Trading separation into legally distinct or ring-fenced entities within the existing banking organizations. This kind of separation limits cross-subsidies between banking and proprietary trading and diminishes contagion risk, while still allowing for synergies across banking, non-proprietary trading and proprietary trading.

Jan-Pieter Krahnert, Felix Noth, Ulrich Schüwer: Structural Reforms in Banking: The Role of Trading. *IWH Discussion Papers No. 9/2016*. Halle (Saale) 2016.

My Credit but Your Problem: The Real Effects of Credit Risk Trading

Creditors are increasingly transferring debt cash flow rights to other market participants while retaining control rights. We use the market for credit default swaps (CDSs) as a laboratory to show that such debt decoupling causes large adverse effects on firms whose shareholders have high bargaining power. After the start of CDS trading, the distance-to-default, investment, and market value of firms with powerful

shareholders drop by 7.9%, 7%, and 8.8% compared to other firms. These findings are consistent with an “empty creditor problem” where creditors overinsure to strengthen their position in negotiations with powerful shareholders.

Stefano Colonnello, Matthias Efung, Francesca Zucchi: My Credit but Your Problem: The Real Effects of Credit Risk Trading. *IWH Discussion Papers No. 10/2016*. Halle (Saale) 2016.

Financial Literacy and Self-employment

In this paper, we study the relationship between financial literacy and self-employment. We use established financial knowledge-based questions to measure financial literacy levels. The analysis shows a highly significant correlation between self-employment and financial literacy scores. To investigate the impact of financial literacy on being self-employed, we apply instrumental variable techniques based on informa-

tion on economic education before entering the labour market and education of parents. Our results reveal that financial literacy positively affects the probability of being self-employed. As financial literacy is acquirable, findings suggest that entrepreneurial activities may be raised via enhancing financial knowledge.

Aida Ćumurović, Walter Hyll: Financial Literacy and Self-employment. *IWH Discussion Papers No. 11/2016*. Halle (Saale) 2016.

Diskussionspapiere

Social Comparisons and Attitudes towards Foreigners. Evidence from the 'Fall of the Iron Curtain'

We exploit the natural experiment of German re-unification to address the question whether distress from social (income) comparisons results in negative attitudes towards foreigners. Our empirical approach rests upon East German individuals who have West German peers. We use the exogenous variation of wealth of West German peers shortly after the fall of the Berlin Wall as an instrument to identify the effect of distress from social comparisons on East Germans'

attitudes. We find robust evidence that East Germans expose strong negative attitudes towards foreigners, particularly from low-wage countries, if they worry about their economic status compared to better-off peers.

Walter Hyll, Lutz Schneider: Social Comparisons and Attitudes towards Foreigners. Evidence from the 'Fall of the Iron Curtain'. *IWH Discussion Papers No. 12/2016*. Halle (Saale) 2016.

Multidimensional Well-being and Regional Disparities in Europe

Using data from the OECD Regional Well-Being Index – a set of quality-of-life indicators measured at the sub-national level, we construct a set of composite well-being indices. We analyse the extent to which the choice of five alternative aggregation methods affects the well-being ranking of regions. We find that regional inequality in these composite measures is lower than regional inequality in gross-domestic product (GDP) per capita. For most aggregation methods, the rank correlation across regions appears to be quite high. It is also shown that using alternative

indicators instead of GDP per capita would only have a small effect on the set of regions eligible for aid from EU Structural Funds. The exception appears to be an aggregation based on how individual dimensions of welfare relate to average life satisfaction across regions, which would substantially change both the ranking of regions and which regions would receive EU funds.

Jörg Döpke, Andreas Knabe, Cornelia Lang, Philip Maschke: Multidimensional Well-being and Regional Disparities in Europe. *IWH Discussion Papers No. 13/2016*. Halle (Saale) 2016.

The Political Determinants of Government Bond Holdings

This paper analyzes the link between political factors and sovereign bond holdings of US investors in 60 countries over the 2003-2013 period. We find that, in general, US investors hold more bonds in countries with few political constraints on the government. Moreover, US investors respond to increased uncertainty around major elections by reducing government bond holdings. These effects are particularly significant in democratic regimes and countries with sound institutions, which enable effective implementation of fiscal consolidation measures or economic reforms. In countries characterized by high current

default risk or a sovereign default history, US investors show a tendency towards favoring higher political constraints as this makes sovereign default more difficult for the government. Political instability, characterized by the fluctuation in political veto players, reduces US investment in government bonds. This effect is more pronounced in countries with low sovereign solvency.

Stefan Eichler, Timo Plaga: The Political Determinants of Government Bond Holdings. *IWH Discussion Papers No. 14/2016*. Halle (Saale) 2016.

Veranstaltungen

Mittwoch, 6. Juli 2016, Berlin

IWH/European Commission Conference: How Can We Boost Competition in the Services Sector?

The Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association and the Representation of the European Commission in Germany will jointly organise a scientific conference under the title 'How Can We Boost Competition in the Services Sector?'. The conference provides a platform for economic researchers and policy makers to enter into a discussion on the subject.

Keynote Speaker:

[Henrik Enderlein](#), Hertie School of Governance and Jacques Delors Institute - Berlin

Freitag, 8. Juli 2016 bis Samstag, 9. Juli 2016,
IWH, Halle (Saale)

IWH Workshop on Labour Mobility and Inequality

The labour market is undergoing permanent adjustment processes accompanied by worker mobility, firm dynamics, and structural change. How these changes are associated with economic inequality is the topic of this workshop. The aim is to bring together economists working on these questions to present and discuss their ongoing research, and to stimulate interaction and co-operation between them.

Keynote Speaker:

[Johannes F. Schmieder](#) (Boston University)

Donnerstag, 8. September 2016 bis Freitag,
9. September 2016, IWH, Halle (Saale)

2nd IWH-FIN-FIRE Workshop on “Challenges to Financial Stability”

The Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association and the FIRE research centre at Frankfurt School of Finance & Management are organising a joint Workshop on 'Challenges to Financial Stability' on September 8th and 9th, 2016, to be held in Halle (Saale).

The workshop provides a platform to discuss changes in the regulatory framework of the financial sector, their impact on financial stability, and consequences for the real sector.

Keynote Speakers:

[Ross Levine](#) (University of California, Berkeley)

[Steven Ongena](#) (University of Zurich, Swiss Finance Institute and CEPR)



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Dr. Steffen Müller
Juniorprofessor Dr. Felix Noth
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle,
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 4,50 Euro,
Jahresbezug 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Lisa F. Young – Fotolia.com

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Wirtschaft im Wandel, 22. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Mai 2016

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (online)